Landratsamt Weilheim-Schongau Weilheim i. OB, den 31.10.2013

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Kreistags
(KT/004/2013)

vom 18.10.2013
im Gasthof zur Post, Penzberger Str. 1, 82404 Sindelsdorf

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:50 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender:
Dr. Friedrich Zeller

Mitglieder CSU:
Brigitte Albrecht
Stefan Barnsteiner
Max Bertl
MdB Alexander Dobrindt
Peter Erhard
Klaus Gast
Pankratia Holl
Paul Huber
Andrea Jochner-Weiß
Rita Kees
Christa Off
Uta Orawetz
Peter Ostenrieder
Marianne Porsche-Rohrer
Sonja Rohrmoser
Wolfgang Scholz
Rainer Schweiger
Klement Sesar
Gerda Walser
Xaver Wörle

Mitglieder SPD:
Michael Asam
Regina Bartusch
Regina Beier
Karl-Heinz Gerbl
Bernhard Kamhuber
Maria Lengenleicher
Max Martin
Gunnar Prielmeier
Dominic R. Scales
Manuela Vanni

Mitglieder BfL:
Bernhard Huber
Michael Motz
Hans Schröfele
Roland Schwalb
Wolfgang Taffertshofer
Dr. Norbert Vidal

Mitglieder Grüne:
Klaus Adler
Karl-Heinz Grehl
Renate Müller
Marcus Reichenberg

Mitglieder UNABHÄNGIGE/ödp:
Agnes Edenhofer
Hans Geisenberger
Alfred Honisch

Mitglieder FDP:
MdB Klaus Breil
Dr. Alfried Schinz

Mitglieder REP:
Robert Deisböck

Schriftführerin:
Elisabeth Kirchbichler

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder CSU:

Thomas Bertl	entschuldigt
Albert Hadersbeck	entschuldigt
Herbert Kratschmar	entschuldigt
Hubert Pfeiffer	

Mitglieder SPD:

Heinrich Forster	entschuldigt
Barbara Karg	
Hans Mummert	entschuldigt

Mitglieder BfL:

Brigitte Loth	entschuldigt
Markus Loth	entschuldigt
Franz Seidel	
Josef Taffertshofer	entschuldigt

Mitglieder Grüne:

Hans Schütz	entschuldigt

Mitglieder UNABHÄNGIGE/ödp:

Andreas Keller	
Michael Kirchbichler	entschuldigt

Verwaltung: VR Leis, OVR Merk, OVR Bachlatko, VAR Rehbehn, RD Seitz,
OVR Hetterich, TAng.Steinbach,

Presse: Herr Kraus Gelbes Blatt und Herr Thoma Weilheimer Tagblatt

Sonstige: Geschäftsführer der Beteiligungsunternehmen:
Herr Raab, EVA GmbH,
Herr Socher mit Herrn Diebel, Krankenhaus GmbH,
Herr Pilz, Ökumenische Sozialstation,
Herr Jakob, Radom Raisting GmbH,
Herr Diepold, Wohnbau GmbH

Gäste: Bürgermeister Buchner, Gemeinde Sindelsdorf, bis 9:30 Uhr
1 Bürger

T A G E S O R D N U N G

Öffentliche Sitzung

1.	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2.	Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Weilheim-Schongau;	
2.1.	Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Weilheim-Schongau; Umbesetzung vom Ausschüssen **Entscheidung**	I/041/2013
2.2.	Ermächtigung des Landrats zur Anmietung von Liegenschaften für Asylbewerberunterkünfte **Entscheidung**	I/043/2013
3.	Beteiligungsbericht 2012; Berichte der Geschäftsführer **Kenntnisnahme**	I/038/2013
4.	Feststellung der Jahresrechnung des Landkreises Weilheim-Schongau für das Rechnungsjahr 2011 und des Geschäftsberichts mit Erfolgsrechnung/Bilanz des Marie-Eberth-Altenheims für das Geschäftsjahr 2011 und Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 88 Abs. 3 LKrO) **Entscheidung**	11/062/2013
5.	Nachtragshaushaltssatzung 2013 **Entscheidung**	11/069/2013
6.	Wünsche und Anträge	

Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt, die Tagesordnung akzeptiert und das Gremium beschlussfähig.

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnete um 9:00 Uhr die Sitzung. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht, die Anwesenden sind stimm- und beschlussfähig.
Der **Vorsitzende** gratulierte Herrn **Kreisrat Dobrindt** zur Wiederwahl als Bundestagsabgeordneten. Bei Herrn **Kreisrat Breil** bedankte sich der **Vorsitzende** für seine geleistete Arbeit in der vergangenen Wahlperiode.
Der Vorsitzende gratulierte Herrn **Kreisrat und Bürgermeister Asam** zum ersten Stellvertreter des Bezirkstagspräsidenten.
Der **Bürgermeister** aus Sindelsdorf, Herr **Josef Buchner**, wurde ebenso begrüßt.
Mit Bedacht wurde die Gemeinde ausgewählt, da in diesem Jahr 1250 Jahre urkundliche Erwähnung gefeiert werden kann.
Herr **Bürgermeister Josef Buchner** stellte die Gemeinde Sindelsdorf vor.
Entschuldigt haben sich Herr und Frau Loth, Herr Schütz, Herr Kratschmar,
Herr Mummert, Herr Forster, Herr Hadersbeck und Herr Josef Taffertshofer.
Vom Bündnis 90 / Die Grünen liegt eine Anfrage zur Ergänzung der Tagesordnung zur Kreistagssitzung vor. Es wird um Sachstandsmitteilung der Krankenhaus GmbH, insbesondere um die Vergabe an eine Unternehmensberatung, gebeten. Diese Anfrage wurde an den Geschäftsführer, Herrn Socher, weitergeleitet.
Zum Thema Unterstützung der Asylbewerber, wie in der letzten Kreisausschusssitzung schon besprochen wurde, hat die Stadt Weilheim eine Resolution herbeigeführt.
Unter Punkt Sonstiges wird mit Einverständnis des Kreistags die Resolution übernommen.

2. Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Weilheim-Schongau;

2.1. Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Weilheim-Schongau; Umbesetzung vom Ausschüssen

Durch den Wechsel des **Herrn Kreisrat Bernhard Huber** von der CSU zu den BfL ist eine neue Zusammensetzung von Ausschüssen, wie in der Beschlussvorlage gekennzeichnet, notwendig.
Durch den Rücktritt **des Herrn Kreisrat Michael Kirchbichler** im Aufsichtsrat der Krankenhaus GmbH ist eine Nachbesetzung notwendig.

Der Kreistag hat folgenden Beschluss einstimmig angenommen:

1. Der Kreistag beschließt die Neubesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss, im Sparkassenausschuss, im Finanzausschuss, im Schulausschuss, im Ausschuss für Energie-, Umwelt- und Klimafragen und Landwirtschaft und im Arbeitskreis ÖPNV.

2. Der Kreistag beschließt die Nachbesetzung im Aufsichtsrat der Krankenhaus GmbH Landkreis Weilheim-Schongau durch Frau Kreisrätin Agnes Edenhofer

2.2. Ermächtigung des Landrats zur Anmietung von Liegenschaften für Asylbewerberunterkünfte

Nach § 39 Abs 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung des Landkreises ist der Landrat für den Abschluss von bürgerlich-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträgen (z.B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Werk-, Werklieferungsverträge; Straßenbaukosten-, Anschlussgebühren-, Benutzungsverträge) und die Vornahme sonstiger bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rechtshandlungen (z.B. Stundung, Erlass, Gewährung von Teilzahlungen, grundbuchrechtliche Erklärungen, Kündigungen, Mahnungen, Rücktritte) bis zu einer Wertgrenze des Rechtsverhältnisses von 50.000 Euro einmaliger oder laufender jährlicher Belastung zuständig.
Bei der Anmietung von Liegenschaften für Asylbewerberunterkünfte, die in der Regel für drei bis fünf Jahre abgeschlossen werden, wird die Wertgrenze von 50.000 Euro bei größeren Mietobjekten überschritten.
Der Abschluss von Mietverträgen von Liegenschaften für Asylbewerberunterkünfte hat zudem keine grundsätzliche Bedeutung und lassen auch keine erheblichen Verpflichtungen erwarten, da die Mietkosten zu 100% von der Regierung von Oberbayern übernommen werden.

Der Kreistag hat folgenden Beschluss **einstimmig angenommen:**

Der Kreistag beschließt:
Der Landrat wird ermächtigt Mietverträge zur Anmietung von Liegenschaften für Asylbewerberunterkünfte, auch über die Wertgrenze des § 39 Abs. 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Weilheim-Schongau, abzuschließen.

3. Beteiligungsbericht 2012; Berichte der Geschäftsführer

Die jeweiligen eingeladenen Geschäftsführer der Beteiligungsunternehmen berichteten über das vergangene Geschäftsjahr.

1. Der Geschäftsführer **Herr Raab** von der EVA GmbH berichtete über das abgelaufene Geschäftsjahr.
   An der Gesellschaftsstruktur gibt es keine Veränderung. Das Stammkapital von 1,3 Mio. Euro ist unverändert.
   Die Entsorgungsmöglichkeiten und Sammelstellen für die Bürger konnten ausgebaut werden.
   Die Verwertungsquote ist seit vielen Jahren zwischen 90 und 92 %. Der Rest landet in der Deponie oder in der thermischen Behandlung.
   Der Hausmüllabfall ist seit sieben Jahren konstant.
   Die MBA (mechanisch-biologische Abfallentwertung) Erbenschwang hatte eine sehr gute Auslastung von 35.800 t.
   Es wurde eine Aufbereitungsanlage für Sekundärbrennstoffe gebaut in Höhe von rund 2,5 Mio. Euro. Damit kann ein wesentlich qualitätsoptimiertes Material erzeugt werden, unter anderem können neben FE-Metalle auch NE-Matalle erzeugt werden. Aus dem Verkauf der NE-Metallen wird eine Wertschöpfung geschaffen. Dieses stark nachgefragte Produkt wird in Zementwerken oder in Industrieheizkraftwerken eingesetzt.
   Im Jahr 2012 wurden Solarkraftwerke auf den Dachflächen des Amtsgebäudes II des Landkreises in Weilheim und auf dem Bauabschnitt der verfüllten Altdeponie Erbenschwang fertig gestellt. Die Investition für die Photovoltaik betrug insgesamt 3,3 Mio. Euro.
   Hiermit konnten 356.000,-- Euro erlöst werden. Für den Landkreis hat die Photovoltaik einen Gewinn von 26.000,-- Euro erbracht.
   Die erzeugte Strommenge beträgt 792.000 kWh, dies entspricht dem Strombedarf von 200 Vier-Personenhaushalten im Jahr!
   Der **Vorsitzende** bedankte sich für die positive Berichterstattung.

   Im Anschluss beantwortete Herr Raab noch Fragen aus dem Gremiun zum Gelben Sack, zum Kleingeräte-Elektroschrott sowie zur Grüngutsammelstelle Iffeldorf.

2. Der Geschäftsführer **Herr Socher**, Krankenhaus GmbH, berichtete über das abgelaufene Geschäftsführer.
   Herr **Socher** stellte vorab die einzelnen Krankenhäuser, wie sie im Beteiligungsbericht aufgelistet sind, vor.
   Wegen der Struktur, einzelne kleine Häuser mit einem Abstand von ca. 28 km und jeweils mit der ähnlichen Ausrichtung der Grundversorgung, ist kein positives betriebswirtschaftliches Ergebnis möglich.
   Diese Struktur wird auch im betriebswirtschaftlichen Gutachten ein wesentlicher Bestandteil sein.
   Die Leistungszahlen von 51.323 TEuro gegenüber dem Vorjahr sind ebenso unverändert. Das vereinbarte Ziel wurde um 1,9 Mio. Euro nicht erreicht.

Der Case-Mix-Index wurde nicht erreicht, die Fallzahlen sind um 381 Fälle nicht erreicht worden.
Vom Gesamtergebnis 5,963 Mio. Euro wird der Landkreis 5,6 Mio. Euro ausgleichen müssen.
Als sehr positiv betonte **Herr Socher**, dass per Saldo 2011 - 2013 eine tatsächliche Leistungssteigerung von 6 %-Punkten erwirtschaftet werden konnte. Rund 1,2 Mio. Euro wurde trotz der bekannten Schwierigkeiten mehr erwirtschaftet.
Das betriebswirtschaftliche Ergebnis 2013 ist ähnlich zu erwarten wie im Jahre 2012.
Das betriebswirtschaftliche Gutachten wird in Auftrag gegeben. Aus vergaberechtlichen Gründen muss ein VOF-Verfahren vorgeschaltet werden. Dieses ist jetzt abgeschlossen. Der Aufsichtsrat der Krankenhaus GmbH wird einen Auftrag an ein ausgewähltes Unternehmen erteilen. Im Januar 2014 wird voraussichtlich ein Ergebnis vorliegen.
Herr Socher stellte sich zur Beantwortung einiger Fragen zum betriebswirtschaftlichen Gutachten und zur Unternehmensberatung zur Verfügung.
Der **Vorsitzende** bedankte sich bei **Herrn Socher** und **Herrn Diebel** für die gute Arbeit bei den schwierigen Gegebenheiten.

3. Der **Geschäftsführer Herr Pilz**, Ökumenischen Sozialstation für den Landkreis Weilheim-Schongau GmbH, berichtete über das abgelaufene Geschäftsjahr.
Der **Vorsitzende** stellte **Herrn Geschäftsführer Pilz,** der als Nachfolger von Herrn Bertl seit Februar 2013 tätig ist, vor.
Der Jahresbericht 2012 wurde von Herrn Pilz an das Gremium verteilt.
Die Sozialstation hatte einen Erlös im Jahr 2012 von 7,13 Mio. Euro erzielt. Das bedeutet eine Steigerung von 350.000 Euro. Das Defizit für 2012 beträgt dennoch 31.000 Euro. Grund hierfür ist die Tarifsteigerung von 6,5 % und eine Veränderung der Überstundenvergütung.
Die Dienstleistungen werden stark nachgefragt. Abgedeckt werden hier: ambulante und teilstationäre Tagespflege, eine Fachstelle für pflegende Angehörige, Essen auf Rädern, ein Fahrservice, ein familienunterstützender Dienst, Schulbegleitung und individuelle Schwerbehindertenbetreuung.
Bei der durchgeführten MDK (sozialmedizinischer Beratungs- und Begutachtungsdienst) konnte die Gesamtnote „sehr gut“ erreicht werden. Um den Betrieb wirtschaftlicher führen zu können wird eine Umstrukturierung im Bereich Essen auf Rädern notwendig sein.
Der **Vorsitzende** bedankte sich bei Herrn Pilz und wünschte ihm weiterhin alles Gute bei seiner neuen Aufgabe.
Herr Pilz beantwortete Fragen zu privaten Pflegeeinrichtungen als Konkurrenzunternehmen, der Tagespflege und zur Schulbegleitung.

4. Der Geschäftsführer **Herr Jakob**, Radom Raisting GmbH, berichtete über das vergangene Geschäftsjahr.
   Die Generalsanierung von Schätzkosten in Höhe von 3,6 Mio. Euro konnte reduziert werden auf 3 Mio. Euro.
   Herr Jakob bedankte sich bei der Gesellschafterversammlung und den Kreisräten für die Unterstützung.
   Die größten Einsparungen sind erreicht worden bei der Hülle und der Betonsanierung. Es wurde immer nach der wirtschaftlichsten Lösung gesucht. Eine Rückstellung von 10.000 Euro wurde gebildet um evtl. Rückforderungsansprüche seitens der Bundesförderung BKM abzudecken.
   Der Energieeinsparung liegt bei 60 %.
   Das Industriedenkmal kann aufgrund baulicher und brandschutzrechtlicher Auflagen nicht als Museum genutzt werden.
   Der **Vorsitzende** bedankte sich bei **Herrn Jakob** wie auch bei **Herrn Hetterich** für die geleistete Arbeit, insbesondere für die Einsparungen der öffentlichen Mittel.
   Herr Jakob beantwortete Fragen bzgl. Ausschilderungshinweise für unsere Touristen, alternative Energieformen und zu weiteren Nutzungsformen.

5. Der **Vorsitzende** kündigte an, dass **Herr Diepold,** Wohnbau GmbH Weilheim, nach 21 Jahren als Geschäftsführer seine Tätigkeit zum Jahresende beenden wird.
   Der Geschäftsführer **Herr Diepold**, Wohnbau GmbH Weilheim, berichtete über das vergangene Geschäftsjahr. Die Instandhaltungskosten betragen 2,4 Mio. Euro. An der Wessobrunner Straße in Weilheim ist ein Neubau in Arbeit. Im Jahr 2012 wurde ein Gewinn von 20.000 Euro erzielt. Jedes Jahr wird eine Großmodernisierung durchgeführt. Nach Mieterwechsel werden Einzelmodernisierungen durchgeführt. Dadurch werden energetische Einsparungen möglich. 70 % Co_2 Ausstoß, 60 % an Primärenergie und auch die Bewirtschaftungskosten von etwa 45 % können gesenkt werden.
   In allen Neubauten sind barrierefreie Wohnungen vorgeschrieben. Auch 14 Photovoltaikanlagen sind auf den Anlagen errichtet worden mit einer Gesamtleistung von 285 KW.
   Herr Diepold bedankte sich für das Interesse am sozialen Wohnungsbau und für die angenehme Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Bürgermeistern und Sachbearbeiter.
   Der **Vorsitzende** bedankte sich bei Herrn Diepold für seine langjährige Treue und die gute geleistete Arbeit.
   Herr Diepold beantwortete Fragen zum geförderten Wohnungsbedarf im „Speckgürtel“ Münchens.

Der **Kreistag** nimmt den Beteiligungsbericht 2012 und die Berichte der Geschäftsführer **zur Kenntnis.**

4. Feststellung der Jahresrechnung des Landkreises Weilheim-Schongau für das Rechnungsjahr 2011 und des Geschäftsberichts mit Erfolgsrechnung/Bilanz des Marie-Eberth-Altenheims für das Geschäftsjahr 2011 und Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 88 Abs. 3 LKrO)

Ohne Berichterstattung wurde vom Kreistag folgender Beschluss **einstimmig angenommen**:
Das Ergebnis der Jahresrechnung 2011 des Landkreises Weilheim-Schongau und des Rechnungsergebnisses entsprechend der Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung 2011 des Kreisaltenheims Schongau werden gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.
Die im Haushaltsjahr 2011 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Landkreises und des Kreisaltenheims werden gemäß Art. 60 LKrO genehmigt.
Für das Haushaltsjahr 2011 wird gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO Entlastung erteilt.

5. Nachtragshaushaltssatzung 2013

Der **Kreiskämmerer OVR Merk** erläuterte die Eckwerte der Nachtragshaushaltssatzung 2013.
Positive Aspekte der Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes sind, dass alle Veränderungen der Einnahmen- und Ausgabenseite ohne Erhöhung der Neuverschuldung in diesem Jahr durchgeführt werden können. Der **Kreiskämmerer OVR Merk** betonte nochmals, dass nur in diesem Jahr keine Neuverschuldung und keine Erhöhung der Kreisumlage notwendig ist. Eine nachträgliche Erhöhung der Kreisumlage wäre auch nicht mehr möglich gewesen.
Durch Umschichtungen und Verschiebungen sind alle vorgesehenen Maßnahmen wie im Nachtragshaushaltsplan vorgesehen, ermöglicht worden. Dies ist vor allem dadurch erreicht worden, dass die bereits eingestellten Mittel für den Neubau der Penzberger Schulturnhalle auf nächstes Jahr verschoben wurden. Die Mittel werden nächstes Jahr nochmals veranschlagt, das bedeutet eine zukünftige Belastung des Haushaltes 2014 von 3,4 Mio. Euro.
Gemäß Art. 62 Abs. 2 Nr. 2 LKrO ist eine zwingende Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan gegeben, da der Zuschuss an die Tochtergesellschaft, Krankenhaus GmbH, im Rahmen der DAWI-Leistungen gegenüber den geplanten Werten um 2.160.000,-- Euro erhöht werden musste.
Grund hierfür sind die stark abgewichenen Werte in Bezug der Haushaltsplanung der Krankenhaus GmbH mit Stand Dezember 2012. Das damalige Defizit von ca. 3,2 Mio. Euro konnte leider nicht eingehalten werden. Der Kreiskämmerer wünscht in Zukunft bei den jeweiligen Haushalten exaktes, zuverlässiges Datenmaterial, um mehr Planungssicherheit zu erhalten.

Herr **Kreiskämmerer OVR Merk** erinnerte an die Regierung von Oberbayern, die bei der Genehmigung des Haushalts ausdrücklich ersucht hatte, sorgsam mit der Thematik der DAWI-Leistungen der Krankenhaus GmbH umzugehen. Explizit wird daran erinnert, dass genau das, was die Regierung als Genehmigungsvoraussetzung für den Landkreis gefordert hat, in diesem Jahr nicht umgesetzt werden kann.
In diesem Jahr muss mit einem Defizit von 5,7 bis 5,8 Mio. Euro gerechnet werden, d.h. 2,5 Mio. bis 3 Mio. Euro müssen für 2013 wie auch nächstes Jahr an Mehrleistung für das Defizit eingeplant werden.
Da sich strukturell im Jahre 2014 nichts verändern wird, kann von einem Defizitbetrag von rund 6 Mio. Euro ausgegangen werden. Hinzu kommt auch das beschlossene Liquiditätsdarlehen von 5 Mio. Euro. Dieses muss in einer europarechtskonformen Darstellung in den Haushalt im nächsten Jahr einfließen. Auch besteht noch ein offenes Liquiditätsdarlehen von der Bundesknappschaft Bahn/See von 1 Mio. Euro.
Zusammenfassend bedeutet dies, dass im Jahr 2014 nur für die Ausgaben des laufenden Betriebs, ohne Investitionsanteile, defizitausgleichende und liquiditätsichernde Zahlungen von ca. 13-14 Mio. Euro eingeplant werden müssen.

Der **Kreiskämmerer OVR Merk** weist ausdrücklich darauf hin, dass die Kreisumlage und der Hebesatz sehr signifikant von der Lösung der Problematik betroffen sind.
Durch Haushaltssperren konnte in der Vergangenheit in der Verwaltung ein ordentlicher Abgleich erreicht werden. Dies reicht für den Nachtragshaushalt 2013 nicht mehr aus.

Als Fazit wird von **Herrn Kreiskämmerer OVR Merk** angemerkt, dass sich die Haushaltssituation signifikant verschlechtert hat. Die Ursuche liegt in der unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation der Krankenhaus GmbH.
Wenn die Kreisgremien an den geplanten Baumaßnahmen festhalten wollen, dann ist eine Kreisumlage unter 60 Punkten unrealistisch.
Nur wenn die gesamte Krankenhausproblematik nachhaltig und zeitnah einer Lösung zugeführt wird, können die bisher avisierten Bauvorhaben, Neubau der Berufsschule Weilheim, Erweiterung Schulzentrum Schongau, Sanierung und Neubau des Mittelbaus am Gymnasium Weilheim, zur Disposition gestellt werden.

Nach den Ausführungen des **Herrn OVR Kreiskämmerer Merk** folgten Wortmeldungen.

Herr **Kreisrat Klaus Breil** bittet um Protokollaufnahme seiner Wortmeldung:
„In der Kreis- und Finanzausschusssitzung habe ich zu diesem Thema, zu dem ich jetzt nochmals sprechen möchte, schon Stellung genommen. Das können Sie im Protokoll nachlesen und ich bitte diesen Wortbeitrag jetzt auch zu Protokoll zu nehmen:
Die Problematik liegt in der Kreiskrankenhaus GmbH, das wird ja immer deutlicher und eigentlich wissen wir das ja schon lange. Die Probleme sind so groß, dass
weder Zeit noch Geld, noch Kapital zur Verfügung steht. Ich befürchte einen Zusammenbruch, man kann es auch Konkurs nennen.

5 Mio. Euro müssen aufgebracht werden, wie wollen wir die eigentlich aufbringen, in einer Zeit in der die Banken für Kredite an Körperschaften des öffentlichen Rechts mehr Eigenkapital vorhalten müssen. Das wird sehr schwierig sein.
Daher bitte ich dringend die notwendigen Beschlüsse herbeizuführen, so dass die Krankenhaus GmbH an einen professionellen Träger, der kann entweder kommunal, öffentlich-rechtlich oder privat sein, übergehen kann. Es ist mir klar, dass wahrscheinlich nur kommunale Träger in Frage kommen. In der näheren Umgebung, sowie in der weiteren Umgebung, gibt es durchaus Krankenhausgesellschaften in kommunaler Trägerschaft die ordentliche Ergebnisse erzielen.
Das kostet zunächst noch einmal viel Geld und alles andere wäre nur ein Fass ohne Boden. In nächster Zeit werden überwiegend ungünstige Nachrichten aus dem Krankenhausbereich zu erwarten sein. Ich fürchte, dass die Akzeptanz des Hauses auch bei den Patienten erodiert, das können wir uns nicht leisten.
Zur Höhe der von Herrn Merk in den Raum gestellten wahrscheinlichen Kreisumlage möchte ich sagen: Die Folge ist auch, dass Kommunen verstärkt die Gewerbesteuerhebesätze erhöhen werden. Das trifft unsere Wirtschaft ganz besonders, und unsere aufstrebenden mittelständischen Betriebe sowie die Industriestandorte mit Forschung und Entwicklungsschwerpunkten.
Es sind ja ständig, wenn hier solche Fragen aufkommen, im steuerlichen Bereich die Emissäre der österreichischen Regionen unterwegs, die dann dem Unternehmen empfehlen, ihren Standort zu verlagern. Kein Betrieb geht wegen steigender Gewerbesteuerhebesätze sofort schlagartig woanders hin, aber man spricht von einer schleichender De-Industriealisierung.
Meine Damen und Herren, weil ich die anderen Aufgaben, die der Landkreis hat, auch erfüllt sehen möchte, mache ich diesen Vorschlag. Ich sage hier nicht, da ich es auch nicht weiß, dass ein Krankenhaus geschlossen werden muss. Welches Krankenhaus geschlossen werden muss, das wird sich aus dem Gutachten ergeben.
Ich habe in diesem Zusammenhang auch nicht verstanden, dass man nicht gleich den Gutacher Kienbaum ausgewählt hat. Diese Unternehmensberatung hat sehr viel Erfahrung und kennt hier die Gegebenheiten. Das Ganze würde auch schneller gehen. Es ist auf jeden Fall eine Frage der Zeit, ein Wettlauf mit der Zeit. Dankeschön."
Nach Rückfrage vom **Vorsitzenden**, was der eigentliche Antrag ist, antwortet **Kreisrat Breil**:
„Mein Vorschlag ist, dass Sie natürlich als Landrat und als Hauptverantwortlicher, nicht für den Verlust, sondern für die weitere Entwicklung, Gespräche führen mit möglichen Partnern, die möglicherweise die Krankenhaus GmbH übernehmen können und die zu einer Zusammenarbeit bereit sind. Da gibt es sicher die eine oder andere Möglichkeit. Ich möchte öffentlich keine Namen nennen. Hier in der Region bestand früher schon enger Kontakt zu dem Klinikum Garmisch-Partenkirchen. Vielleicht gibt es jetzt auch noch Möglichkeiten. Das ist mein Vorschlag, wie ich diesen auch in der Kreis- und Finanzausschusssitzung gestellt habe. Grundsätzlich können es auch private Trägerschaften sein, aber die Grundversorgung ist wichtig und soll erhalten bleiben."

Herr **Kreisrat Reichenberg** bittet folgenden Wortlaut zu Protokoll zu nehmen:

„ Ich fordere Herrn Peter Erhard, Herrn Bernhard Kamhuber, Herrn Markus Loth, Renate Müller, Ute Orawetz, Marianne Porsche-Rohrer und insbesondere Herrn Michael Asam und Herrn Alexander Dobrindt, zum sofortigen Rücktritt des Aufsichtsrates auf. Ich fordere den Landrat auf, einen Ausschuss zu bilden, der beschließend ist und der öffentlich und nichtöffentlich tagt.
Wenn die Krankenhaus GmbH dann einen fakultativen Aufsichtsrat noch braucht, dann soll er bitte mit Fachkompetenz besetzt werden, das kann auch dem Gutachter mitgeteilt werden. Dieser soll sich darum kümmern, wie ein fakultativer Aufsichtsrat aussehen soll.
Ich beantrage den sofortigen Rücktritt sämtlicher Aufsichtsräte und eine Gründung eines beschließenden Ausschusses. Vielen Dank“

Herr **Kreisrat Geisenberger**, stellte anheim, den Antrag von Herrn Kreisrat Reichenberg aufgrund der Geschäftsordnung des Kreistags Weilheim-Schongau, nicht zuzulassen.
Er bittet um Nichtbefassung des Antrags.
In Anschluss erging hierzu folgende Abstimmung:

Der Antrag von Herrn **Kreisrat Geisenberger** auf Nichtbefassung wird **mehrheitlich zugestimmt.**

Für Stimmen: 39
Gegen Stimmen: 8

Der Fraktionssprecher der Unabhängigen/ödp, Hans Geisenberger, erläuterte seine Argumente zur Nicht-Zustimmung des Nachtragshaushalts.

Die Fraktionssprecher der CSU, Peter Erhard, der BfL, Wolfgang Taffertshofer und der SPD, Bernhard Kamhuber, erläuterten ihre Zustimmung zum Nachtragshaushalt.

Herr Karl-Heinz Grehl, Bündnis 90 / Die Grünen, bittet um Protokollaufnahme seiner Nicht-Zustimmung mit dem Zusatz:
„Diejenigen, die dem Nachtragshaushalt zustimmten, haben in den vielen vorhergehenden Debatten keinen einzigen Vorschlag unterbreitet, um die Situation zum Bessern zu wenden.“

Der Kreistag **stimmt mehrheitlich** dem Nachtragshaushalt 2013 **zu** mit

Für Stimmen: 36
Gegen Stimmen: 11

und erlässt folgende Nachtragshaushaltssatzung:

Nachtragshaushaltssatzung

des Landkreises Weilheim-Schongau

für das Haushaltsjahr 2013

Aufgrund des Art. 62 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 55 ff der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LkrO) erlässt der Kreistag Weilheim-Schongau folgende

Nachtragshaushaltssatzung

§ 1

Der als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan des Landkreises Weilheim-Schongau wird hiermit festgesetzt; dadurch werden verändert

	Erhöht um EURO	vermindert um EURO	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge gegenüber bisher EURO	auf nunmehr EURO
im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	1.234.250,	125.600,	111.638.640,	112.747.290,
die Ausgaben	2.872.750,	1.764.100,	111.638.640,	112.747.290,
im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	538.300,	1.482.800,	28.413.190,	27.468.690,
die Ausgaben	5.687.300,	6.631.800,	28.413.190,	27.468.690,

§ 2

(1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach dem Haushaltsplan des Landkreises wird nicht verändert.

(2) Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan des Kreisaltenheimes Schongau werden nicht festgesetzt.

§ 3

(1) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt des Landkreises werden nicht festgesetzt.

(2) Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Kreisaltenheimes Schongau werden nicht festgesetzt.

§ 4

(1) Der über Kreisumlagen auf die kreisangehörigen Gemeinden umzulegende nicht gedeckte Bedarf (Umlagensoll) wird nicht geändert.

(2) Die Umlagegrundlagen zur Beschaffung der Kreisumlagen bleiben unverändert.

§ 5

(1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan des Landkreises bleibt unverändert.

(2) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Kreisaltenheimes Schongau bleibt unverändert.

§ 6

Diese Nachtragshaushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2013 in Kraft.

Der **Vorsitzende** kommt nach der Abstimmung noch einmal auf den Antrag von Herrn **Kreisrat Breil** zurück.
Herr **Kreisrat Breil** schlägt vor, schnellst möglichst mit anderen Krankenhäusern Kontakt für weitere Verhandlungen aufzunehmen. Herrn **Kreisrat Breil** ist aufgrund der Geschäftsordnung bekannt, dass ein Antrag schriftlich und rechtzeitig gestellt werden muss.

6. Wünsche und Anträge

Der **Vorsitzende** stellt das Schreiben der Stadt Weilheim vom 07.10.2013 zur Resolution zur Sozialberatung für Asylbewerber im Landkreis Weilheim-Schongau, vor.
Der Freistaat Bayern wird aufgefordert die Sozialberatung für Asylbewerber im Landkreis Weilheim-Schongau im Rahmen der Asylbewerberberatungsrichtlinie unverzüglich zu beginnen und umzusetzen sowie ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
Ohne ehrenamtliche Helfer kann dies nicht bewältigt werden.

Im Anschluss wird daran folgender Beschluss gefasst:

Der Landkreis Weilheim Schongau unterstützt **einstimmig** die Resolution zur Sozialbetreuung der Asylbewerber.

Herr **Kreiskämmerer OVR Merk** erläuterte die erforderliche Datenüberprüfung bzgl. Müllgebühren. Mit Hilfe der einzelnen Gemeinden werden in den nächsten zwei Jahren die Daten aktualisiert.

Frau **Kreisrätin Orawetz** stellte den mündlichen Antrag bei der nächsten Kreistagssitzung dem Tourismusverband Pfaffenwinkel eine Berichterstattung zu ermöglichen.
Hieran erfolgte anschließende Abstimmung:

Für Stimmen: 44
Gegen Stimmen: 3
.
Der **Vorsitzende** bedanke sich bei den Mitarbeitern Frau Kirchbichler und Frau Willer.
Der **Vorsitzende** beendete die öffentliche Sitzung.

Dr. Friedrich Zeller	Elisabeth Kirchbichler
Landrat	Schriftführer